

Irans Atomprogramm: Können wir lernen, die Bombe zu lieben?

VOLKER PERTHES:

Iran – Eine politische Herausforderung. Die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit

Frankfurt am Main 2008

Suhrkamp, 159 S.

BERND W. KUBBIG (IN ZUSAMMENARBEIT MIT SVEN-ERIC FIKENSCHER):

Die Iranpolitik der Regierung Bush ab 2005. Brüche – rivalisierende Konzepte – Durchsetzungschancen

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Report 5/2008, Frankfurt am Main

KARIM SADJADPOUR:

Iran: Is Productive Engagement Possible?

Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief, Oktober 2008, Washington DC

Am Vorabend des Ramadan 2010 hält die Weltöffentlichkeit den Atem an: In der Primetime verkündet der im vorigen Sommer mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigte iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad im Staatssender IRINN die Ausrüstung der iranischen Streitkräfte mit Kernwaffen. »Durch die Gnade Gottes, des Gnädigsten, des Barmherzigsten« verfüge die islamische Republik nunmehr über das Potenzial, »jedem Feind einen vernichtenden Schlag« zuzufügen.

Die Reaktion des Auslands lässt nicht lange auf sich warten: Jerusalem beantwortet das nukleare Coming-out Teherans umgehend mit der Ankündigung, auf »jede Provokation mit beispiellosen Mitteln« zu reagieren, während Washington eine dringliche Sitzung des Weltsicherheitsrates einberuft. Dieser verurteilt den »eklatanten Bruch des Nichtverbreitungsvertrags auf das Schärfste«. Zugleich mahnt Washington das Teheraner Regime eindringlich »zu Besonnenheit«. Der

Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union »bedauert« die Entwicklung »zutiefst« und fordert nachdrücklich die Bildung einer »institutionalisierten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im ›Greater Middle East‹«. Nur so könne die »nukleare Büchse der Pandora durch Dialog und Kooperation geschlossen werden«.

So weit das Szenario. Bekanntlich würde eine solche Entwicklung von den allermeisten westlichen Beobachtern als katastrophal bewertet. Doch bei aller Einigkeit über die Ablehnung eines nuklear bewaffneten Iran herrscht derzeit zugleich ein Höchstmaß an Unklarheit über die tatsächlichen taktischen und strategischen Ziele Teherans. Ergänzt wird diese Unsicherheit durch ein nur unbeholfen abgestimmtes Nebeneinander verschiedener politischer Mechanismen der internationalen Gemeinschaft, die dem Iran den Schritt hin auf atomare Bewaffnung versperren sollen. Die Gretchenfrage im Kern: Wie reagiert »Global Governance« auf eine immer selbstbewusster agierende Islamische Republik, die mit dem nuklearen Feuer zu spielen scheint?

In dieser Diskussion ist dabei seit der Veröffentlichung des »National Intelligence Estimate« im November 2007 ein Umdenken zu beobachten – vor allem in Washington selbst. Zur Erinnerung: In einem konzertierten und weitgehend überraschenden Einwurf berichteten die US-amerikanischen Nachrichtendienste einhellig, dass der Iran sein Programm zur Entwicklung nuklearer Waffen vor etwa vier Jahren eingestellt habe. Damit wurde für die Regierung Bush ein Erstschlag gegen iranische Nuklearanlagen faktisch unmöglich. Noch einige Wochen zuvor hatte Präsidentschaftskandidat McCain die Stimmung in Teilen des Weißen Hauses durch Neuinterpretation eines Beach-Boy-Klassikers mit einer unverhohlenen Drohung gegen Teheran auf den Punkt gebracht. In einer Wahlkampfveranstaltung intonierte er unter dem Applaus der Zuhörer »Bomb, bomb, bomb Iran«. Diese Option scheint nach der Wahl Barack Obamas nun vorerst vom Tisch.

Doch als wie nachhaltig wird sich die Umorientierung nach der Stabsübergabe im Weißen Haus nun erweisen? Und: Über welche Handlungsoptionen verfügt die internationale Gemeinschaft in den kommenden Jahren in Bezug auf den Iran? Welche Szenarien lassen sich erkennen? Wie kann politisch reagiert werden?

Aufschluss bringen drei aktuelle Publikationen, die sich dieser »politischen Herausforderung« (Volker Perthes) auf verschiedene Weisen nähern. Während Bernd Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung den Fokus auf die inneramerikanischen Diskussionsprozesse und die Machtverschiebungen zwischen neokonservativen Hardlinern und »konservativen Realisten« richtet, lotet Karim Sadjadpour von der Carnegie Endowment mögliche Kooperationsfelder zwischen US-amerikanischen Politiklinien und iranischen Interessen aus. Einen Blick in die Zukunft und auf mögliche Konsequenzen einer nuklearen Bewaffnung Teherans wirft dagegen Volker Perthes, Direktor der Stif-

tung Wissenschaft und Politik. Die Publikationen hinterfragen in der Summe verschiedene politische Einschätzungen, die immer wieder als unumstößliche Wahrheiten präsentiert werden.

Dabei wird an Kritik nicht gespart. Grundsätzlich gehen die Autoren davon aus, dass die seit 1979 betriebene us-amerikanische Iran-Politik nunmehr vollständig gescheitert ist. Dabei habe auch die unter der Regierung Bush II vorgenommene Verschärfung des klassischen »Containment«-Ansatzes zu keinerlei substantiellem Erfolg geführt. Im Gegenteil: Teheran befinde sich heute als aufstrebende regionale Führungsmacht trotz vielschichtiger tatsächlicher und lediglich perzipierter Bedrohungen realpolitisch in einer durchaus komfortablen Lage. »Irans internationaler Einfluss ist heute größer als je zuvor«, fasst Sadjadpour diese Bestandsaufnahme zusammen. Unterfüttert werden kann diese Einschätzung überzeugend durch Verweis auf den Sturz des anti-schiitischen Taliban-Regimes in Afghanistan sowie den Fall Saddam Hussein, der den Irak zu einem anti-iranischen Bollwerk stilisiert hatte. In Bezug auf die Subregion steht Teheran zwar durchaus unter Druck, verfügt zugleich aber über eine ganze Reihe von Trümpfen, die – so scheint es – nur darauf warten, ausgespielt zu werden.

Doch wer entscheidet in Teheran über die einzelnen Spielzüge der laufenden Auseinandersetzung? Wie können Entscheidungsstrukturen analytisch gefasst werden? Überzeugend brechen die Studien mit einer Einschätzung, die sich auf die Frage nach der Rationalität und der Interessengeleitetheit der iranischen Machthaber bezieht. Kritische Beobachter konstatieren seit langem, dass die öffentliche Konstruktion »irrationaler« us-Kontrahenten gerade im Nahen und Mittleren Osten zu den Traditionslinien amerikanischer Sicherheitsdiskurse zählt. In wechselnden Rollenzuschreibungen werden dabei nahöstliche Machthaber als per se nicht dialogfähig präsentiert. Sicher, aufmerksamkeitsheischende Eskalationsrhetorik verschiedener Akteure erleichtern diese Beurteilung bisweilen durchaus. Dennoch ist zu fragen, ob die Zuordnung unliebsamer politischer Akteure in eine Pauschalkategorie irrationaler »Rogues« nicht auch und vor allem dazu dient, politisch gewollte Schwerpunktsetzungen als alternativlos zu zementieren. Die Liste der »irrationalen Akteure« ließe sich schließlich von Muammar Gaddafi, über Anwar As Sadat, Yassir Arafat und Saddam Hussein bis hin zu Mahmoud Ahmadinejad ziehen und entfaltet dabei nicht nur in Washington, sondern auch in Israel politische Wirkung.

Ohne diese Akteure unreflektiert gegen Kritik in Schutz nehmen zu wollen, ist mit einigem Recht zu fragen, inwiefern solche Kategorisierungen zielführend sind. Bezogen auf den Iran steht das Urteil Perthes dabei fest: Der Iran sei »ein rationaler Akteur« mit grundsätzlich »legitimen Interessen« und müsse als solcher behandelt werden. Gerade westliche Entscheidungsträger erlügen jedoch immer wieder der Versuchung, »Feindseligkeit mit Irrationalität zu verwechseln«. Der Unterschied beider Kategorien ist politisch jedoch eminent. Denn während »Feindseligkeit« immer auch Ansätze zur Überwindung dieses Status

beinhalten kann, muss sich »Irrationalität« jedem sachlichen Versuch des Ausgleichs fast zwangsläufig entziehen. Politische Instrumente müssen schließlich in dem Moment versagen, in dem Opponenten die Fähigkeit zu rationalem Abwägen von Konsequenzen und Alternativen abgesprochen wird. Maßgeblich für eine Absage an eine solche Wahrnehmung der Teheraner Wirklichkeit ist dabei nicht zuletzt ein Blick auf iranische Politikfelder. Eine durchaus rationale und auf die Mehrung eines nüchtern bemessenen Eigennutzes ausgerichtete Politik Teherans im Irak, aber auch an anderen Schauplätzen, dient hier zumindest als ermutigendes Indiz. Dabei buchstabiert Sadjadpour die geopolitische »Tour d'Horizon« zwischen Israel/Palästina, Afghanistan und dem Irak durchaus aus und verweist auf weit größere Gemeinsamkeiten »als auf den ersten Blick ersichtlich«.

Bei allem Unwohlsein bezogen auf iranische Rhetorik setzen sich Sadjadpour und Perthes daher klar für einen deutlich aufgewerteten Dialog mit iranischen Entscheidungsträgern ein. Sadjadpour bringt es dabei auf den Punkt, wenn er feststellt, dass die Frage heute nicht mehr laute, »ob« mit dem Iran zu sprechen sei, sondern vielmehr »wie dies geschehen solle«. An dieser Stelle verweisen beide Autoren übereinstimmend auf einen neuen Ansatz, der in seiner Schlichtheit letztlich viel über die Qualität der bis dato aufgenommenen Dialogfäden zwischen Washington und Teheran verrät. Sowohl Perthes als auch Sadjadpour empfehlen direkte Angebote an den iranischen Revolutionsführer Khamenei. Die so überzeugende wie simple Ratio: »Der Revolutionsführer, nicht der Präsident oder der Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates, muss schließlich am Ende die strategischen Entscheidungen treffen« (Perthes).

Durch einen solchen Ansatz ließen sich in der Tat zahlreiche Schwierigkeiten des in Bagdad und Sharm Al Sheikh begonnenen Dialogprozesses zwischen den Vereinigten Staaten und Teheran abfangen. Denn nicht zuletzt leiden sämtliche Dialogversuche auch darunter, dass die Gemengelage divergierender und konkurrierender Machtzentren im »hybriden System des Iran« (Perthes) nur schwer zu durchschauen ist. Zweckmäßig wäre daher tatsächlich ein höchstrangiger Dialog, der Fehlinterpretationen durch falsche Zuordnungen zumindest unwahrscheinlicher macht. Die Tragweite dieser Forderung und ihre politische Brisanz ist dabei freilich kaum zu überschätzen. Zu bedenken geben möchte man Skeptikern – bei aller Unangemessenheit historischer Parallelen – jedoch zumindest als Zwischenruf die Frage, wie denn etwa Ost-West-Annäherung zwischen Washington und Moskau ohne direkte Kontakte zwischen den Machtzentren und lediglich über den Umweg nachgeordneter und herrschaftsferner Akteure hätte hergestellt werden können. Auch bezogen auf Teheran gilt: Um relevant zu sein, muss Diplomatie relevante Akteure zusammenbringen.

Doch was wäre die Voraussetzung für solche Gespräche? Würde die Aufnahme direkter Dialogfäden nicht iranisches Fehlverhalten belohnen? Eben nicht, argumentiert Kubbig: »Das direkte Gespräch, verbunden mit konkreten Angeboten, könnte diejenigen in Teheran stärken, die zu einem verantwortlichen

Außenverhalten in der Region bereit sind.« Anzuführen wäre darüber hinaus, dass diplomatische Prozesse per se nicht in erster Linie als Zugeständnisse für Wohlverhalten begriffen werden sollten. Solange Diplomatie lediglich als Fortsetzung von Realpolitik mit anderen Mitteln betrieben wird, kann sie im volatilen Umfeld des Mittleren Ostens keine Zukunft haben.

Klar ist dabei aber zugleich auch, dass ein solcher Dialog nur dann erfolgversprechend geführt werden kann, wenn er auf beiden Seiten des Verhandlungstisches mit Bestandsgarantien für die beteiligten Akteure bzw. deren engste Verbündete verknüpft wird – sprich, wenn das »Damoklesschwert des gegebenenfalls gewaltsamen Regimewechsels« nicht mehr länger die Agenda bestimmt (Kubbig). Somit klingt die Empfehlung der Experten, den zumindest rhetorisch eliminatorischen Israelgegner Ahmadinejad zu umgehen, durchaus überzeugend. Auf amerikanischer Seite sollte dieses Vorgehen durch Aufhebung der von Washington verfolgten »Regime Change Policy« ergänzt werden, die seit 2006 in der »National Security Strategy« festgelegt ist. Zwar wäre dies – wie Kubbig richtig feststellt – sicher kein »Allheilmittel« für eine iranisch-amerikanische Annäherung, aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch ist ein solcher Dialog vor dem Hintergrund des zumindest vermuteten kontinuierlichen Waffenschmiedens im Iran tatsächlich zielführend? Hierzu ist zunächst festzustellen, dass derzeit kein Beobachter mit Gewissheit sagen kann, ob Iran tatsächlich Interesse an einer nuklearen Aufrüstung hat. Fakt ist – so Perthes –, dass »heute gar nicht so sicher ist, was Iran »wirklich« will«. Wahrscheinlich sei eher, dass Teheran eine abschließende Entscheidung über die nukleare Option bislang nicht gefällt habe. Dies eröffnet Spielräume, führt aber angesichts des nicht unerheblichen nuklearen Restrisikos letztlich auch zu der Frage, was ein nuklear aufgewerteter Iran für die Fortentwicklung des regionalen, aber auch globalen Systems bedeuten würde. Wäre ein atomar bewaffneter Iran tatsächlich »inakzeptabel« und die Akzeptanz eines nuklearen Aufstiegs Teherans »unverzeihlich«, wie von US-Präsident Bush mehrfach betont?

Hier betritt Perthes Neuland. Zwar erkennt er die erheblichen Verwerfungen, die eine durch den Iran eingeleitete weitere Aushöhlung des Nichtverbreitungsregimes mit sich brächte, doch bleibt er in seiner Folgeabschätzung wohlwund nüchtern. Perthes verweist eindringlich auf die Möglichkeit eines nuklearen Wett-rüstens in der Region sowie auf ein weiter gesteigertes Selbstbewusstsein Teherans, das sich nicht nur im Libanon, Irak und Syrien, sondern auch in den Palästinensischen Gebieten niederschlagen könnte.

Angesichts der (verständlichen) Aufgeregtheit, mit der diese Fragen in der Regel diskutiert werden, ist Perthes folgende Analyse hier jedoch so eindeutig wie in den Konsequenzen kontrovers. Für Perthes ist klar, dass ein atomar bewaffneter Iran die neugewonnenen Nuklearkapazitäten eben nicht zum Bau einer »islamischen Bombe« einsetzen würde. Pakistan könnte sich hier als Vorbild erweisen, wobei sich Teheran mittelfristig sogar als »verantwortungsbewusster«

präsentieren könnte als das Regime in Islamabad. Dies wohl auch, weil nukleare Abschreckung aus Israel vor dem Hintergrund der hinlänglich bekannten Zweitschlagskapazitäten nach wie vor Bestand hätte.

Diese klaren Worte sind verdienstvoll. Zu fragen wäre jedoch gerade in Bezug auf das befürchtete Ausbrechen eines ungebremsen regionalen Wettrüstens, wie realistisch eine solche Entwicklung tatsächlich wäre. Zwar verweist Perthes korrekt auf die Ankündigung Saudi-Arabiens, Ägyptens, Syriens, Jordaniens und anderer Staaten der Region, zivile Nuklearprogramme entwickeln zu wollen. Allerdings bleibt letztlich unklar, weshalb diese Bekanntgaben als stringente Entwicklung hin auf nukleare Proliferation und somit auf das Ende des Nichtverbreitungsregimes gedeutet werden müssen. Weshalb etwa sollten US-Sicherheitsgarantien per nuklearem Schutzschild, die in Westeuropa, Japan, Südkorea und Taiwan ein kernwaffentechnisches Aufrüsten verhindert haben, nicht auch im Mittleren Osten das Hochrüsten in ein multipolar-labiles Gleichgewicht des Schreckens verhindern können?

Zugespitzt lautet die Frage hier letztlich: Wäre es nicht denkbar, dass die Region einen nuklearen Iran zwar nicht lieben lernen kann, aber geschützt durch US-Sicherheitsgarantien doch einen Weg finden könnte, mit ihm zu leben? Denn mit welchen Mechanismen – und auch dies spricht Perthes an – würde die internationale Gemeinschaft letztlich auf einen nuklearen Iran reagieren? Im Anschluss an Jahrzehnte währende »Containment«- und »Rollback«-Phantasien sowie an die seit Jahren durch Prämissen und Vorbedingungen belasteten Verhandlungsversuche böte sich der internationalen Gemeinschaft als einzig realistisches Reaktionsmuster letztlich eine Politik des vorbehaltlosen Dialogs und der klassischen Entspannungspolitik an. Doch wenn dies *nach* einem nuklearen Coming-out Teherans die einzige globale Reaktionsmöglichkeit sein dürfte, stellt sich eine fundamentale Frage: Warum beginnt die internationale Gemeinschaft mit solchen substantiellen und regime-affirmativen Angeboten nicht schon heute? Gerade solche Angebote würden die Attraktivität der nuklearen Option für Teheran im Vorfeld erheblich reduzieren und die Wahrscheinlichkeit einer iranischen Bombe deutlich verringern. Zugleich würde ein vorbehaltloser Dialog mit den tatsächlich Verantwortlichen in Teheran die iranische Herausforderung des Westens in eine politische Herausforderung für den Iran verwandeln. Und eine solche wäre allemal zielführender als eine weitere Runde im nuklearen Sanktionspoker.

*Michael Bröning,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*